

**TOP 10.3      Anträge an die Landesvertreterversammlung**  
**Hier: Resolution zum Umgang mit ausländischen Fachkräften**

Architektinnen und Architekten, Innenarchitektinnen und Innenarchitekten, Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten, Stadtplanerinnen und Stadtplaner arbeiten in einem globalisierten Berufsfeld, sie sind international vernetzt und exportieren ihre Leistungen über nationale Grenzen hinweg. Im Zuge der Finanzkrise vor zehn Jahren, als die Bautätigkeit im Land auf einen Tiefpunkt sank, fanden zahlreiche Planerinnen und Planer aus Baden-Württemberg Arbeit im Ausland. Heute werden in Baden-Württemberg händeringend Planerinnen und Planer gesucht und oft im Ausland gefunden.



Schon seit langem nehmen die Architektur-, Innenarchitektur-, Stadtplaner- und Landschaftsarchitekturbüros in Baden-Württemberg ausländische Fachkräfte sehr erfolgreich als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf. Ohne sie wäre die Arbeit in den Büros vor Ort nicht mehr zu leisten. Denn der von den hiesigen Hochschulen ausgebildete Nachwuchs reicht quantitativ nicht aus, um den Fachkräftebedarf zu decken. Gleiches gilt auch für die Bauwirtschaft, insbesondere das Handwerk, insgesamt.

7. November 2019

Die zunehmend migrationskritische Stimmung in der Öffentlichkeit verkennt bisweilen, wie sehr die Stärke der Wirtschaft in Baden-Württemberg auf die Zuwanderung von Fachkräften aus dem In- und Ausland aufbaut. Diese Entwicklung droht zu einer Gefahr insbesondere für die heimische Bauwirtschaft zu werden. Auch die Gesellschaft insgesamt ist schon aus demographischen Gründen langfristig auf die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften angewiesen. Nur so lassen sich das aktuelle Wohlstandsniveau halten und die sozialen Sicherungssysteme stabilisieren.

Die Landesvertreterversammlung der Architektenkammer Baden-Württemberg bekennt sich zur traditionellen Offenheit des Landes Baden-Württemberg, der Baubranche und der planenden Berufe. Sie appelliert an die Landespolitik, sich der zunehmend migrationskritischen Stimmung im Land entgegenzustellen und die Möglichkeit der Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland sicherzustellen.